



K. MEHNER

Angeklagter Schlüter*: „Das geht ruck, zuck – das ist wie ein Reflex“

KRIMINALITÄT

„Man muss sich behaupten“

Erstmals redet einer der Schläger von Guben über seine Motive. Die Jugendlichen tragen gewalttätig aus, was viele ihrer Eltern denken – nationale Gesinnung ist auch ein DDR-Erbe.

Als der Algerier Farid Guendoul im Flur eines Gubener Plattenbaus verblutete, war – ein paar Häuser weiter – Christa Schlüter* gerade wieder eingeknickt. Schrilles Kreischen und Bremsquietschen hatten die Gubenerin kurz aus dem Schlaf gerissen und für Momente aufhorchen lassen. Doch schließlich war sie sicher, „dass die Rechten nach einer Saufftour nur mal wieder Dampf ablassen“, und fiel „halbwegs beruhigt“ zurück ins Kissen.

Als es hell wurde, war der Asylbewerber Guendoul tot und ihr Sohn Maik* seit Stunden in U-Haft. Per Telefon erfuhr Christa Schlüter, er habe wohl zu jenen gehört, die eine „Negerjagd“ per CB-Funk organisiert und den Algerier zu einem tödlichen Sprung durch eine gläserne Haustür getrieben hatten.

Wie Christa Schlüter hatten sich die meisten Bewohner der „Sprucke“, des großen Plattenbaugebiets der Brandenburger Grenzstadt Guben, in jener Februarnacht des vergangenen Jahres ihre Nachtruhe nicht ernsthaft stören lassen. An die Rituale der schlagwütigen Jugend in den Stunden vor der sonntäglichen Dämmerung hatten sie sich längst gewöhnt: Bierabgefüllt marodierte dann oft eine rauflostige Crew Kurzgeschorener im Schlepptau einiger Deutschnationaler mit „Sieg Heil“-Rufen und hochgequälten Motoren durch das schlafende Viertel.

Randale rechter Querulanten ist Alltag im deutschen Osten, selbst beim Anti-Ras-

sismus-Tag Mitte März in Brandenburg zündelten und prügelten sie. Doch brennende Asylheime, Verletzte oder gar getötete Ausländer sind offenbar nur ein Teil des Gewaltproblems. Die Extremisten und ihre jugendlichen Mitläufer im Neubundesgebiet können auf die stillschweigende Zustimmung vieler Bürger bauen. Diese würden zwar nie selbst gewalttätig, sind aber letztlich auch der Meinung, dass Ausländer weder in ihre Stadt noch ins Land gehören. Der Fall Guben zeigt exemplarisch, dass der dumpfe Dünkel des Nationalismus aus der Mitte der ostdeutschen Gesellschaft kommt.

Für viele Gubener waren die nächtlichen Eskapaden der alkoholisierten Rechten nie ein wirklicher Aufreger. Protest gab es in der Stadt erst, als auf Betreiben der örtlichen Antifa-Gruppe ein Gedenkstein für Farid Guendoul aufgestellt wurde – am Rande einer Rasenfläche, 30 Meter entfernt von jenem Plattenbau, in dem der Algerier zu Tode kam.

Durch den Findling fühlten sich viele in der „Sprucke“ aufs Höchste gestört. In den Fluren der Plattenbauten und auf der Straße brach sich der latente Rassismus Bahn: „Was soll der Rummel um den Algerier?“, hieß es. „Wäre der nicht tot – man müsste ihn wegen der kaputten Haustür verknacken. Stattdessen müssen unsere deutschen Jungs in den Knast.“ Und: „Bei Honecker wäre alles nicht passiert.“

Es habe „ganz harmlos“ angefangen, erinnert sich Maik Schlüter, der sich derzeit mit zehn weiteren Angeklagten wegen der tödlichen Hetzjagd auf Guendoul vor dem Landgericht Cottbus verantworten muss. Die „Geschichte“ sei so nicht geplant gewesen – aber dann habe sich „die Stimmung hochgeschaukelt“ und schließlich ein „dummes Ende“ genommen.

Er habe, sagt Maik, nur ein bisschen Spaß und Bestätigung durch die Clique haben wollen, als er am 12. Februar 1999 spät nachts die Wohnung seiner schlafenden Mutter verließ. Die Gruppe habe sich zwar gekannt, „von der Disco, der Schule oder über den CB-Funk – aber wir hatten nicht ständig was miteinander zu tun“. Für die meisten in der Clique gilt auch, was Maik stellvertretend so formuliert: „Eigentlich habe ich nichts gegen Ausländer – nur, wenn sie von den Steuergeldern der Deutschen leben, unsere Frauen anmachen, womöglich auch noch straffällig werden, etwa klauen oder so, das ist dann zu viel.“

Dass es dabei immer auch um den Nachweis von Stärke gegenüber



Opfer Guendoul, Mahnfeier: „Bei Honecker wäre das alles nicht passiert“

* Name von der Redaktion geändert.

den Schwächeren ging, bestreitet Maik nicht. „Auf einen Bandenkrieg“ hätte er sich niemals eingelassen. „Die ostdeutsche Jugendgewalt ist eine feige Gewalt“, resümiert der Potsdamer Jugendforscher Dietmar Sturzbecher. Meist fielen im Osten mehrere Täter über ein einziges Opfer her.

Für Sturzbecher ist der Rechtsradikalismus vor allem Ausdruck einer allgemeinen Gewaltbereitschaft – befördert von überkommenen Verhaltensmustern aus DDR-Zeiten und Wendestress. Die Folge: „Hier wird in Schulen, auf der Straße und in der Freizeit mehr Gewalt angewendet als im Westen.“

Doch in den neuen Bundesländern wird immer noch so getan, als sei das eine unzulässige West-Sicht. So hatte Gottfried Hein, der stets bemühte, doch eigentlich hilflose Gubener Bürgermeister, darauf verzichtet, den Gedenkstein offiziell zu enthüllen. Ein amtlich eingeweihter Erinnerungsort, fürchtete wohl das Stadtoberhaupt, könne im „toleranten Guben“ zum Wallfahrtsort der Rechten werden.

Er wurde es dennoch. Auch verstärkten Polizeistreifen gelang es nicht, die nächtlichen Schändungsriten zu verhindern. Schließlich verschwand Anfang März in der Dunkelheit die metallene Gedenkplatte ganz und gar – spurlos bis heute.

Monate zuvor schon hatte der Gubener Volksmund begonnen, üble Gerüchte auszusprechen. Taxi fahrende Ortsfremde wurden ungefragt aufgeklärt: Der Algerier habe vor seinem Tod eine Minderjährige vergewaltigt, und Guendouls deutsche Freundin – das wisse man nun aber ganz genau – habe im vergangenen Sommer keineswegs ein Kind von ihm geboren, sondern „ein schlitzäugiges Vietnamesenbalg“ zur Welt gebracht.

Guben liegt ganz im ostdeutschen Trend. Anetta Kahane, Leiterin der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule, geht davon aus, dass sich in den neuen Bundesländern eine in ihren Werten „völkisch und rechtsextrem orientierte Kontrastgesellschaft“ herausgebildet hat, die den Alltag mitbestimme. Es entspreche der DDR-Tradition, „sich im Privaten anders zu äußern als im Öffentlichen“.

Das zeigte sich auch bei der jüngsten Umfrage des Sigmund-Freud-Instituts. Unter ostdeutschen Männern stieg die Zustimmung zum Slogan „Deutschland den Deutschen“ von 28 Prozent 1994 auf 39 Prozent zur Jahreswende (bei den Frauen von 20 auf 31 Prozent). Nationale Haltungen gelten unter Jugendlichen inzwischen kaum noch als extrem. Sie verstünden „die eigene Position nicht mehr als politisch“, sagt Andrea Böhm vom Kuratorium der Amadeu-Antonio-Stiftung. Auch die Anbindung an eine rechtsradikale Partei sei den meisten nicht wichtig.

Einen Streit gewaltlos auszutragen ist Maik bis zu seiner Verhaftung kaum ge-

lungen. „Wenn jemand mich oder meine Freundin blöd anmacht, dann geht das ruck, zuck – ist wie ein Reflex“, versucht er zu erklären. Diese „Reflexe“ kennt Maik von zu Hause. Seine Mutter – die vom alkoholkranken Großvater ebenfalls „viel Dresche bekam“, wie er von der Oma weiß – wollte nie „viel diskutieren“. Probleme habe er mit Mutter oder Oma nicht besprochen, „da hat man keine Punkte gemacht“. Habe er mal was angestellt, „dann war nix mit Reden: Mutter hat rumgemault, dann gab’s einen Klaps auf den Arsch, manchmal war’s auch mehr. Irgendwann rutschte eben die Hand aus, dazu kam noch ein saftiger Stubenarrest – und die Sache war gegessen“.

Heute steht für ihn fest, dass „überall das Faustrecht herrscht. Der Stärkere oder Reichere ist einfach besser dran“. Damals in der Schule sei das auch so gelaufen: „Wer keine Markenklamotten hatte, wurde erst mal in die Ecke gestellt – das ging ganz schön an die Nieren.“ Für sich habe er daraus den Schluss gezogen: „Irgendwie muss man sich behaupten, möchte auch mal im Mittelpunkt stehen und damit sagen: Das bin ich! Damit alle anderen wissen: Das ist der, der sich nichts gefallen lässt – bei dem geht es schnell zur Sache.“

Andere Verhaltensmuster gemeinsam mit der Familie herauszufinden war kaum möglich: Der Vater verschwand kurz nach der Geburt des Jungen, die Mutter arbeitete fortan im Schichtbetrieb eines Gubener Großkombinats. Für ihn blieb das Wochenende, wo es der Erinnerung nach „sehr lustig war“, eben ein „zweites Zuhause“.

Gelegenheit, mit Ausländerkindern zu spielen und den Umgang mit Fremden zu erproben, hatte Maik – wie die meisten Kinder im Osten – weder dort noch in der Schule. Die 1989 insgesamt fast 90 000 ausländischen Vertragsarbeiter des Arbeiter- und Bauern-Staates lebten streng separiert. Das DDR-Volk war ihnen nur formell völkerfreundschaftlich verbunden. Privatkontakte der Ausländer nach außen galten als unerwünscht, Kinderkriegen hatten die Staatsverträge ihnen gänzlich untersagt.

So wurden auch in Guben – wie in anderen ostdeutschen Städten – schon Mitte der Achtziger Mosambikaner, Vietnamesen und Kubaner durch Stadtpark und Straßen gejagt, erinnert sich der Betreuer im Asylbewerberheim Sigmund Tavernier. Ausländerfeindlichkeit sei also kein Nachwendephänomen. Auch Maik wusste schon als Erstklässler, dass „die Fidschis und Neger in eigenen Heimen gehalten wurden“.

Die Probleme der Wendezeit verstärkten das Gefühl, zu den Verlierern zu gehören. Dreimal musste Maik die Schule wechseln, die Mutter verlor ihren Job, aus jeder familiären Extra-Ausgabe wurde ein Existenzproblem. „Taschengeld in West war damals nicht drin“, weiß er noch.

Nach dem Umzug ins Gubener Neubaugebiet landete der Halbwüchsige in ei-

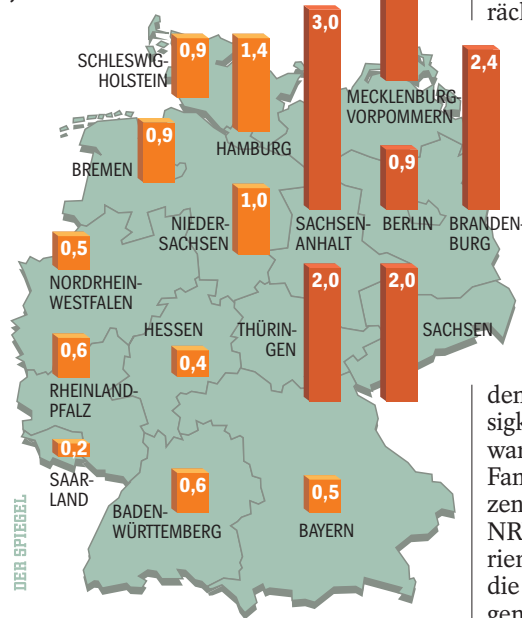
ner weit entfernten Gesamtschule, „da habe ich die Lust verloren und bin nicht mehr mitgekommen“. Seine Freizeitschien ihm „zum Lernen zu schade“. Und als ihm „das alte Ost-Fahrrad geklaut wurde, war mir der Weg dann zu weit“. Er habe „oft krank“ gemacht, später auch getrunken – mit den neuen Freunden, die „man per CB-Funk fand oder in der Disco traf“.

Folge war, so sieht es der stoppelhaarige Gubener, dass er „den richtigen Stress am Hals hatte und oft auch Wut im Bauch: auf die Clique, die Freundin, wenn sie Schluss gemacht hat“. Oder er sei „mit Mutter nicht klargekommen und ihrem Freund“. Beinahe zwangsläufig habe er die Probleme dann mit Gewalt zu lösen versucht: „Wenn dann noch irgendwer ’nen dummen Spruch draufhatte, musste die Luft einfach raus bei mir – und es hat gekracht.“

Seine Mutter begriff damals nicht, was die Veränderungen bedeuteten. „Maiks

Brauner Osten

Rechtsextremistische Gewalttaten 1999 auf 100 000 Einwohner je Bundesland



Ost-Skinheads: Stillschweigende Zustimmung

Haare wurden plötzlich kürzer, die Leistungen schlechter, und er fing an zu trinken“, bemerkte sie nur. Noch als ihr Sohn in Untersuchungshaft saß, glaubte sie, er sei „unschuldig in die Sache mit dem Algerier geraten“. Schließlich hatte sie ihm ja „immer gesagt, geh nicht zu den Rechten – aber er hat nicht gehört“.

Doch „Rechts“ und „Links“ konnte nie wirklich ein Gesprächsthema zwischen Großmutter, Mutter und Sohn Maik sein. Anders als im Westen wurde in vielen Familien östlich der Elbe die Frage nach der Mitverantwortung für den Nationalsozialismus nicht gestellt. Die staatliche Generalabsolution, die jeder erhielt, der in dem zum „antifaschistischen Deutschland“ erklärten Staat lebte, verhinderte dies.

Die Generationskonflikte in den Familien hätten eine Auseinandersetzung über den Nationalsozialismus verhindert – egal „ob der mächtige Vater ein bekehrter HJ-ler war oder ein in der illegalen kommunistischen Partei gestärkter Kämpfer“, meint die Sozialhistorikerin Dorothee Wierling vom Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, die sich seit langem mit der DDR-Geschichte beschäftigt. Das räche sich heute.

Politische Motive, sagt der Jugendforscher Sturzbecher, würden oft „von den Jugendlichen als Legitimationsgrund nur vorgeschoben“.

„Das ganze Ausmaß des sozialen Wandels im Osten“ bringe ein hohes Entwicklungsrisiko mit sich, die Jugendlichen hätten „enorme Brüche jeder Art“ aushalten müssen, sagt Sturzbecher, der in einer Studie das Aufwachsen in Brandenburg mit dem in Nordrhein-Westfalen verglichen hat. So hätten 84 Prozent der Brandenburger Kinder bis 1996 die Arbeitslosigkeit eines Elternteils erlebt, 33 Prozent waren es in NRW. Finanzielle Krisen der Familie mussten in Brandenburg 72 Prozent der Kinder durchstehen, 51 Prozent in NRW. Da aber auch neue Berufs- und Karrierechancen vielen Eltern wenig Zeit für die Kinder ließen, komme ein Teil der Jugendlichen mit hoher Gewaltbereitschaft

auch aus materiell gut situierten „Gewinner“-Familien. Zweimal wöchentlich stehen die elf Angeklagten nun seit Juni vor dem Landgericht Cottbus. Und recht häufig wird ihnen das Gefühl vermittelt, das Ganze gar so bitterernst nicht nehmen zu müssen. Wenn einer der elf Jugendlichen mal wieder zu spät oder gar nicht aus dem Bett kommt, wartet die Runde langmütig. Und die Verhandlung gleicht mitunter eher einer traulich-plaudernden Kaffeerunde als einem Gerichtstermin, bei dem es um den Tod eines Fremden geht, der erst 28 Jahre alt und dummerweise kein Deutscher war.

C. DITSCH / VERSION

IRINA REPKE